

# Wie sozial ist der DGB?

Gewerkschaften verhalten sich wie jeder Arbeitgeber: Wenn die Einnahmen wegbrechen, müssen die Kosten runter. Der DGB prüft Stellenverlagerungen, **Verdi** kürzt den Lohn um fünf Prozent.

VON ANTJE HÖNING

**DÜSSELDORF** Gewerkschaften verhalten sich wie jeder Arbeitgeber: Wenn die Einnahmen wegbrechen, dann müssen die Kosten runter. „Der DGB will in seiner Rechtschutz GmbH in den nächsten drei Jahren 100 von gut 800 Arbeitsplätzen streichen und 21 Rechtsstellen schließen“, sagte Helmut Wagner, Chef des Verbandes der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB). Zudem solle ein Teil der Rechtschutz GmbH als „Rechts-

**„Verdi ist nicht mal an einen Tarifvertrag gebunden“**

anwalts-GmbH“ outgesourct werden, in der die angestellten Juristen nur noch 70 Prozent ihres Lohns erhalten sollen. „Die restlichen 30 Prozent sollen sie sich durch Aufträge am freien Markt besorgen“, sagt Wagner.

Der DGB weist dies zurück. Vor allem gebe es keine Pläne, 100 Stellen zu streichen. Der Sprecher räumt jedoch ein, dass Rechtsstellen „in Rede stehen“ und es einen Prüfauftrag zur Rechtsanwalts GmbH gebe. Er wies auch einen „Bild“-Bericht zurück, wonach im DGB selbst zehn Prozent der Stellen wegfallen. Zugleich betonte er: „Natürlich wird der DGB den sinkenden Mitgliederzahlen in seiner mittelfristigen Finanzplanung insgesamt Rechnung tragen.“

Der „härteste Arbeitgeber“ (Wagner) unter den Gewerkschaften sei die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. Sie hat 2003 ein Minus von 50 Millionen Euro gemacht. Um in schwarze Zahlen zu kommen, haben Verdi und Betriebsrat eine Betriebsvereinigung



Der DGB macht gegen Bundeskanzler Schröders Sozialreformen mobil – und steht selber unter Druck: Ihm laufen die Mitglieder davon. FOTO: DDP

geschlossen. Danach müssen die 4500 Verdi-Beschäftigten von April bis September auf fünf Prozent ihres Bruttolohns verzichten, der ihnen ab 2007 nachgezahlt wird. Ab Oktober sollen Arbeitszeit und Lohn um fünf Prozent gekürzt werden. Dagegen haben laut Verdi nun 20 Mitarbeiter geklagt – kurioserweise mit Unterstützung des Verdi-Rechtsschutzes. „Über 200 wollen klagen“, sagt Wagner. Ihr Argument: Eine Betriebsvereinbarung sei nur zulässig, wenn der Tarifvertrag eine Öffnungsklausel vorsehe. „Aber Verdi ist nicht mal an einen Tarifvertrag gebunden“, klagt Wagner. Wie alle Gewerkschaften handelt auch Verdi die

## INFO

### Mitgliederschwund

Den Gewerkschaften laufen die Mitglieder davon. 1991 zählte der **DGB** 11,8 Millionen, 2003 waren es 7,36 Millionen. Seit Jahresanfang sollen laut „Bild“ 345 000 ausgetreten sein. **Verdi** zählte 2003 2,6 Millionen Mitglieder und verlor gegenüber 2002 rund 4,6 Prozent. In der **IG Metall** sind 2,5 Millionen (minus 4,5 Prozent), in der **IG BCE** 801 000 (minus 4,0 Prozent). Prozentual die meisten Mitglieder verlor die **IG BAU**: 5,8 Prozent auf 461 000.

Löhne mit dem Betriebsrat aus. Die Crux: „Die Beschäftigten dürfen nicht streiken“, so Wagner. Denn zum Streik dürfen laut Tarifvertragsgesetz nur Gewerkschaften, nicht aber Betriebsräte aufrufen. Die Verfahren vor den Arbeitsgerichten blieben bisher ohne Einigung. Verdi rechnet mit einem Weg durch die Instanzen.

Der Gewerkschaftsforscher Hans-Peter Müller schüttelt über dieses Verhalten den Kopf: „Solche Verfahren beschädigen die Glaubwürdigkeit. Statt an das Image zu denken, setzt sich hier vermutlich rein bürokratisches Funktionärsdenken durch.“

**LEITARTIKEL SEITE A 2**